Inhalt:

Besuch bei Firma Hollweg	S. 01	Podiumsdiskussion der GEW zur Landtagswahl	S. 04
Kandidaten für den Landtag	S. 02	Wahlkampfanzeigen	S. 06
Sozialpapier der Kirchen	S. 03	Besuch der Kultusministerin	S. 07
Politischer Frühschoppen der Handwerkskammer	S. 03	Podiumsdiskussion der GEW zur Landtagswahl	S. 08
Bruno Horn: 80. Geburtstag	S. 04	Tatenlosigkeit am Arbeitsmarkt	S. 08

Januar 1998

Millionen-Investition bei Hollweg in Papenburg

Erweiterung und neue Maschine für Granitverarbeitung

Papenburg (sr). In der nächsten Zeit will das Papenburger Unternehmen Hollweg Investitionen für ca. vier Millionen DM tätigen. Das sagte Seniorchef Egon Hollweg während einer Betriebsbesichtigung der SPD-Fraktion mit den Landtagskandidaten Peter Raske (SPD) und Gottfried Sandker (Grüne).

Geplant ist ein 4.000 Quadratmeter großer Erweiterungsbau auf einer gerade erworbenen 28.000 Quadratmeter großen Fläche neben dem Betriebsgebäude an der Seeschleuse. Die neue Halle soll vor allem der Schaffung von mehr Lagerraum dienen, ermöglicht aber auch die Anschaffung einer Maschine zur Verarbeitung von Granit.

Der Fertigungsbetrieb für Küchenarbeitsplatten, bei dem heute 60 Arbeitnehmer beschäftigt sind, entstand aus dem vor 33 Jahren gegründeten Holzhandel von Egon Hollweg. Hollweg-Arbeitsplatten werden über ein Verkaufsbüro in Ludwigsburg in ganz Deutschland vertrieben. Im Sommer will Hollweg zwei Auszubildende einstellen.

SENIORCHEF EGON HOLLWEG (rechts) erläuterte seinem Besuch den Weg, den die Kunststoffplatten in der Fertigungshalle nehmen. Foto: Risius

Ems-Zeitung 30.01.1998

Februar 1998

Interesse an der Hollweg-Produktion: Barbara Gruner, Gottfried Sandmann, Peter Raske, Roland Seemann. Foto: Metje

Papenburger Unternehmer investiert vier Millionen / Bundesweite Lieferung

Zukunft gehört dem Granit

Papenburg. Eine großzügige Betriebserweiterung steht im Hause Hollweg in Papenburg an. Die Gesellschaft, die Arbeitsplatten für den bundesweiten Markt herstellt, will insgesamt rund vier Millionen Mark investieren.

Sowohl ein Lager als auch die Produktion sollen ihren Platz in den neuen Hallen finden. Der Stammbetrieb wird mit zwei zusätzlichen Hallen verlängert, eine weitere bereits vorhandene Halle wird umgebaut. Hier soll im April die Herstellung von Arbeitsplatten aus reinem Granit anlaufen. „Wir versprechen uns sehr viel davon", sagte der Unternehmer in einem Gespräch mit Vertretern der Papenburger SPD-Stadtratsfraktion.

Auch der Bestand von bislang 60 Arbeitskräften soll aufgestockt werden. Immerhin, so Egon Hollweg, entfielen 90 Prozent der Produktionen auf Handarbeit. Für die Granitproduktion werden die Beschäftigten in Italien angelernt.

Für die speziellen Fertigungsmethoden gebe es noch keinen Ausbildungsberuf. Ideal geeignet seien Steinmetze - die aber seien weit und breit nicht zu finden.

Optimistisch blickt Hollweg gleichwohl in die Zukunft, denn: „Wir wissen genau, was auf dem Markt verlangt wird." cam

Sonntags Report 01.02.1998

Kandidaten für den Landtag

Aschendorf-Hümmling. Am gestrigen Donnerstag tagte der emsländische Kreis. wahlausschuß, um über die Zulassung der Wahlvorschläge für die Landtagswahl am 1. März zu beraten. Für den Wahlkreis 90 (Papenburg, Rhede, Nordhümmling, Dörpen, Lathen, Sögel, Werlte) wurde folgende Direktkandidaten zugelassen:

Peter Raske für die SPD, Bernd Busemann für die CDU, Gottfried Sandmann für Bündnis-90/Die Grünen und Michael Goldmann für die FDP. Bis auf den Dörpener Bernd Busemann kommen alle Kandidaten aus Papenburg. -cm

1. März:

Landtagswahl '98

General Anzeiger 03.02.1998

LOB FÜR GEMEINSAMES SOZIALPAPIER DER KIRCHEN

SPD-Landtagskandidat Peter Raske wünschte sich eine baldige Umsetzung des gemeinsamen Papiers des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Die Schrift hatte den Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.

Mit ihrem gemeinsamen Wort hätten die Evangelische und Katholische Kirche wichtige Anstöße für die Diskussion um den Erhalt und die Reform der sozialen Sicherung geliefert. Dies betraf besonders ihre Kritik an der einseitigen Umverteilung des Mangels und der Schonung des Reichtums, wie es wörtlich im Kirchenpapier hieß. Die Sozialdemokraten sahen sich durch das Papier in ihrer Haltung bestätigt, dass die Finanzierung der sozialen Sicherung und gesamtgesellschaftlicher Aufgaben nicht einseitig den Beitragszahlern aufgebürdet werden dürften. Das Kirchenpapier war ein eindeutiger und eindrucksvoller Appell an die soziale Verpflichtung des Staates und der Wirtschaft.

Die Kirchen teilten die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokraten, nach der ein Menschenrecht auf Arbeit ethisch begründet war. Arbeitslosigkeit war kein hinnehmbares Schicksal. Auch der Hinweis, dass notwendige Veränderungen und Anpassungen des Sozialstaates nicht in erster Linie den Geringverdienern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zugemutet werden dürften, fand ungeteilte Zustimmung der SPD. Peter Raske begrüßte die Position der Kirchen, nach der sich die Grundstruktur der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bewährt hätte und deshalb erhalten werden müsste. Die SPD war sich deshalb auch einig mit den Kirchen, dass die Debatte über die Finanzierbarkeit des Staates nicht als finanzpolitische Spardebatte geführt werden dürfte, sondern sie wäre vor allem als Gestaltungsdebatte zu verstehen.

Übereinstimmung herrschte auch, dass neue Beschäftigungsfelder im Bereich der neuen Technologien sowie industrienaher und privater Dienstleistungen erschlossen werden sollten und die unternehmerische Initiative im Mittelstand und im Handwerk gefördert werden müsste. Teilzeitarbeit sollte gefördert, Überstunden abgebaut und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig werden. Wichtig wäre die Förderung von lokalen Beschäftigungsinitiativen. Die Dominanz der Erwerbsarbeit müsste überwunden werden. Gerade im Emsland waren kirchennahe Einrichtungen wie z.B. der soziale Ökohof in Papenburg oder Arbeit und Weiterbildung in Sögel hier richtungweisend.

Die Politik könnte sich den ernsten Fragen der Kirchen an sie nicht entziehen. Gerade auch die Partei, die das C für christlich in ihrem Namen führte, müsste sich mit den Vorstellungen der Kirchen auseinandersetzen. Peter Raske forderte deshalb die CDU auf, zurückzukehren zur sozialstaatlichen Verpflichtung unseres Grundgesetzes statt den Rezepten radikaler Marktideologen zu folgen: „Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit“.

Peter Raske lobt das Sozialpapier beider Kirchen

„Wichtige Anstöße für die Diskussion“

Papenburg. Der SPD-Landtagskandidat Peter Raske hat die gemeinsame Erklärung der beiden großen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland gelobt. Mit ihrem gemeinsamen Wort hätten der Rat der Evangelischen Kirche und die Deutsche Bischofskonferenz „wichtige Anstöße für die Diskussion um den Erhalt und die Reform der sozialen Sicherung geliefert“, so der Papenburger in einer Presseerklärung. Er wünsche sich eine baldige Umsetzung der Forderungen.

In der Schrift mit dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ werde die einseitige Umverteilung des Mangels und die Schonung des Reichtums kritisiert. „Damit sehen sich die Sozialdemokraten in ihrer Haltung bestätigt, daß die Finanzierung der sozialen Sicherung und gesamtgesellschaftlicher Aufgaben nicht einseitig den Beitragszahlern aufgebürdet werden dürfen“, unterstreicht der Politiker. Das Kirchenpapier sei ein eindeutiger und eindrucksvoller Appell an die soziale Verpflichtung des Staates und der Wirtschaft. Laut Raske teilten die Kirchen die grundsätzliche Auffassung der Sozialdemokraten, nach der ein Menschenrecht auf Arbeit ethisch begründet sei. Auch der Hinweis, daß notwendige Veränderungen und Anpassungen des Sozialstaats nicht in erster Linie den Geringverdienern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zugemutet werden dürften, fände ungeteilte Zustimmung der SPD. Zu begrüßen sei ferner auch die Position der Kirchen, nach der sich die Grundstruktur der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bewährt habe und deshalb erhalten werden müsse. Eine Debatte über die Finanzierbarkeit des Staates dürfe nicht als finanzpolitische Spardebatte geführt werden, sondern müsse vor allem als Gestaltungsdebatte verstanden werden.

Die Politik, so Peter Raske, werde sich den ernsten Fragen der Kirchen an sie nicht entziehen können. Dies gelte insbesondere für die Partei, „die das ‘C’ in ihrem Namen führt“. ■

Papenburg Aktuell 02.1998
Der Wecker 01.02.1998

Politischer Frühschoppen

Papenburg. Die Kreishandwerkerschaft Aschendorf-Hümmling lädt am Sonntag, 15. Februar, um 11 Uhr zu einem politischen Frühschoppen in das Waldhotel Surwold ein. Kreishandwerksmeister Josef Kassens wird im Podium hochrangige Politiker begrüßen. Neben MdB Rudolf Seiter werden MdL Bernd Busemann (CDU), FDP-Spitzenkandidat Michael Goldmann und SPD-Landtagskandidat Peter Raske teilnehmen.

„Ihr Wirken in Papenburg hat Spuren hinterlassen“

Bruno Horn feierte am Wochenende 80. Geburtstag

Papenburg (H. B.) „Ein Leisetreter“, so Pastor Lothar Friebe von der evangelisch-lutherischen Nicolaigemeinde Papenburg, sei Bruno Horn, der am Wochenende seinen 80. Geburtstag feierte, nie gewesen. Im Gegenteil, der temperamentvolle Kommunalpolitiker habe sich stets mit voller Kraft für seine Ziele und Anliegen eingesetzt. „Ihre Arbeit hat deutliche Spuren hinterlassen“, hieß es anerkennend in der Laudatio.

Bruno Horn stammt gebürtig aus Ostpreußen. Nach Krieg und Vertreibung kam der Altersjubilar zunächst nach Sulingen und im Jahr 1960 nach Papenburg. Beruflich stand Bruno Horn in Diensten der Bundespost. Als Leiter der Postämter in Papenburg und Meppen hat sich der Oberamtsrat hohes Ansehen erworben. Im Jahr 1981 trat Bruno Horn in den wohlverdienten Ruhestand.

Großes Gewicht hatte die Stimme von Bruno Horn in der Kommunalpolitik, wie Bürgermeister Ulrich Nehe, dessen Amtsvorgänger Heinrich Hövelmann, der SPD-Fraktionsvorsitzende Roland Seemann und Peter Raske in ihren Reden ausdrücklich bescheinigten. Für die SPD gehörte Bruno Horn von 1972 bis 1991 dem Rat der Stadt Papenburg an. Bereits kurz nach seiner Wahl übernahm der dynamische Ostpreuße die Führung der Fraktion. „Es waren schöne Jahre, und ich habe nicht geglaubt, daß wir das alles erreichen würden“, bekräftigte Bruno Horn sein noch heute großes Interesse an der Kommunalpolitik.

Ähnlich erfolgreich war der Einsatz des tüchtigen Beamten auch für seine Kirchengemeinde. Die Erweiterung des Friedhofes, der Bau des Kindergartens, die Renovierung der Kirche und viele andere Aufgaben mehr wurden zwischen 1968 und 1988, als Bruno Horn dem Kirchenvorstand angehörte und diesem Gremium elf Jahre vorstand, mutig und kraftvoll angepackt. „Wenn Sie sonntags nicht in der Kirche sind, würde es mir sofort auffallen“, lobte Pastor Friebe das Engagement des Altersjubilars für seine Kirchengemeinde. Auch im Kirchenkreistag Emsland-Bentheim wirkte Bruno Horn zwei Wahlperioden mit.

ZAHLREICHE GLÜCKWÜNSCHE nahm Bruno Horn zum 80. Geburtstag entgegen. Unser Bild zeigt von links Peter Raske, Roland Seemann, das Ehepaar Horn, Ulrich Nehe und Heinrich Hövelmann.

Ems-Zeitung 02.02.1998

Leichte Schläge auf den Hinterkopf fördern das Denkvermögen.

Dieses Mittel ist zwar billig und damit heute in Zeiten radikaler Sparpolitik wünschenswert, führte aber leider schon im letzten Jahrhundert nicht zu den erhofften Erfolgen.

Sparen bei der Bildung heißt Sparen an der falschen Stelle – nämlich an unserem Kapital in der Zukunft.

PODIUMSDISKUSSION

mit den Landtagskandidaten

- Busemann, CDU
- Goldmann, FDP
- Raske, SPD
- Sandmann, B 90/Grüne

und dem Bezirksvorsitzenden der GEW Weser-Ems

- Michael Strohschein

Mittwoch, den 4. Februar 1998, 19.30 Uhr

Gaststätte Waldlust in Papenburg

Gute Bildung und Ausbildung brauchen gute Rahmenbedingungen Kleine Klassen, kein Unterrichtsausfall, viele und gute Förderstunden sind Voraussetzungen für Motivation und Engagement von Lehrer/innen und Schüler/innen.

Ems-Zeitung 02.20.1998

„Schönfärberei löst auf Dauer keine Probleme“

GEW-Podiumsdiskussion zu Fragen der Bildung

Papenburg (H.B.) Um rund 90 000 Kinder hat sich in den letzten sechs Jahren die Zahl der Kinder in niedersächsischen Schulen erhöht, gleichzeitig wurden die Lehrerstellen um 3000 abgebaut. „Bildungspolitik wird vom Land nicht mehr gestaltet“, klagte der Vorsitzende der GEW im Bezirk Weser/Ems, Michael Strohschein, am Mittwoch in einer Podiumsdiskussion seiner Organisation mit den Landtagskandidaten Bernd Busemann (CDU), Peter Raske (SPD), Michael Goldmann (FDP) und Gottfried Sandmann (Bündnis 90/Die Grünen).

Im Zuge einer vom GEW-Kreisvorsitzenden Alois Bamming fair organisierten Debatte mit Kurzvorträgen und sich anschließender Diskussion stellte sich schnell heraus, daß auch das Emsland bei der Unterrichtsversorgung bei weitem nicht so gut dasteht, wie man sich das wünschen möchte. 66 Vollzeitlehrerstellen sind nicht besetzt. Auf der Basis von Dreiviertelstellen fehlen sogar 82 Lehrer. „Mit Schönfärberei läßt sich auf Dauer kein Problem lösen“, beschrieb der GEW-Chef Strohschein die wenig erfreuliche Lage.

Ursache der Misere, da waren sich alle Beteiligten schnell einig, ist die desolate Finanzsituation des Landes. MdL Bernd Busemann stellte für die CDU fest, daß seine Partei trotz eines unvermeidlich harten Sparkurses auf jeden Fall mehr Geld für Lehrer ausgeben wolle. Im Emsland, so der Christdemokrat, nähere sich die Unterrichtsversorgung an den Sonderschulen oder den Berufsschulen in einigen Bereichen so langsam schon der 80-Prozent-Marke. Wo im Einzelfall sich durch Sponsoring schulische Einrichtungen verbessern ließen, sollte man bei weiterer genereller Zuständigkeit des Staates für die Schulen nicht von vornherein abwinken, meinte Busemann.

Der FDP-Spitzenkandidat Michael Goldmann will zum Abbau der riesigen Schuldenlast die Landesbeteiligungen an der Nord LB oder VW usw. abgeben, um zunächst einmal mit 75 Millionen DM aus dem Verkaufserlös 1000 Lehrer auf einen Schlag einzustellen. Die restlichen Gelder aus der Abgabe der Landesbeteiligungen sollen in einen Pool eingebracht werden, um mit dem Zinsertrag von jährlich 250 Millionen DM Bildung und Wirtschaft fördern zu können. Die FDP werde außerdem die Orientierungsstufe abschaffen und in einem traditionell gegliederten Schulsystem mit Haupt-, Realschule und Gymnasium das Abitur nach zwölf Jahren einführen.

Für den SPD-Kandidaten Peter Raske liegt der Grund der Finanzmisere des Landes in der völlig verfehlten Bonner Politik. Raske gab sich mit Hinweis auf die von seiner Partei bei der letzten Wahl gegebenen und dann nicht eingelösten Versprechungen mit weiteren Prognosen sehr vorsichtig. „Und das kann ich bei der schwierigen Finanzlage auch den anderen Kandidaten hier am Tisch nur empfehlen“, hieß es. Im übrigen habe das Land trotz der Behauptungen der Oppositionsparteien die Ausgaben für die Bildungspolitik insgesamt in den letzten Jahren erhöht.

„Wo ist das Geld geblieben“, fragte der Grünen-Kandidat Gottfried Sandmann, um gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß der Streit in dieser Frage zu keinen Verbesserungen in den Schulen des Landes führe. „Weiterer Stellenabbau ist der völlig falsche Weg“, meinte Sandmann, der vor allen Dingen für eine Stoff- und Aufgabenreduzierung plädierte. Seine Partei werde sehr viel mehr Lehrer auf der Basis von Dreiviertelstellen in die Schulen schicken, betonte der Grünen-Kandidat.

Ems-Zeitung 06.02.1998

„Angst um die Zukunftschancen unserer Kinder geht um“

Kandidaten aus dem Wahlkreis 90 (Papenburg) erstmals im Podium/Der große Schlagabtausch blieb aus

Von Carsten Ammermann

PAPENBURG. Obwohl die „heiße Phase“ des niedersächsischen Landtagswahlkampfes seit Wochen läuft, verlief die erste Podiumsdiskussion mit den Kandidaten Bernd Busemann (CDU), Michael Goldmann (FDP), Peter Raske (SPD) und Gottfried Sandmann (Bündnis 90/Grüne) eher freundschaftlich. Bei der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Kreisverband Aschendorf-Hümmling, organisierten politischen Veranstaltung blieb der große Schlagabtausch aus.

Etwa 60 interessierte Personen hatten sich in der Gaststätte „Waldlust“ in Papenburg eingefunden, um von den Politikern etwas über deren bildungspolitische Vorstellungen zu erfahren.

Goldmann machte deutlich, daß die FDP die Bildungssituation in Niedersachsen verbessern werde. „Es ist kein Geld mehr vorhanden, um im Bildungsbereich Akzente zu setzen“, zeigte der Spitzenkandidat die schlechte Haushaltslage auf. Die FDP wolle 1 000 zusätzliche Lehrer einstellen. Finanziert werden sollen die Stellen durch Mittel aus einem Sonderfonds.

Busemann machte die SPD-geführte Landesregierung für die schlechte Situation verantwortlich. „Die Partei hat in den vergangenen acht Jahren die Landesverschuldung von 30 auf 64 Milliarden Mark hochgeschraubt“, betonte Busemann. Bei einem Wahlsieg will die CDU mehr Geld für Schulen und für die Unterrichtsversorgung bereitstellen.

1. März:
Landtagswahl '98

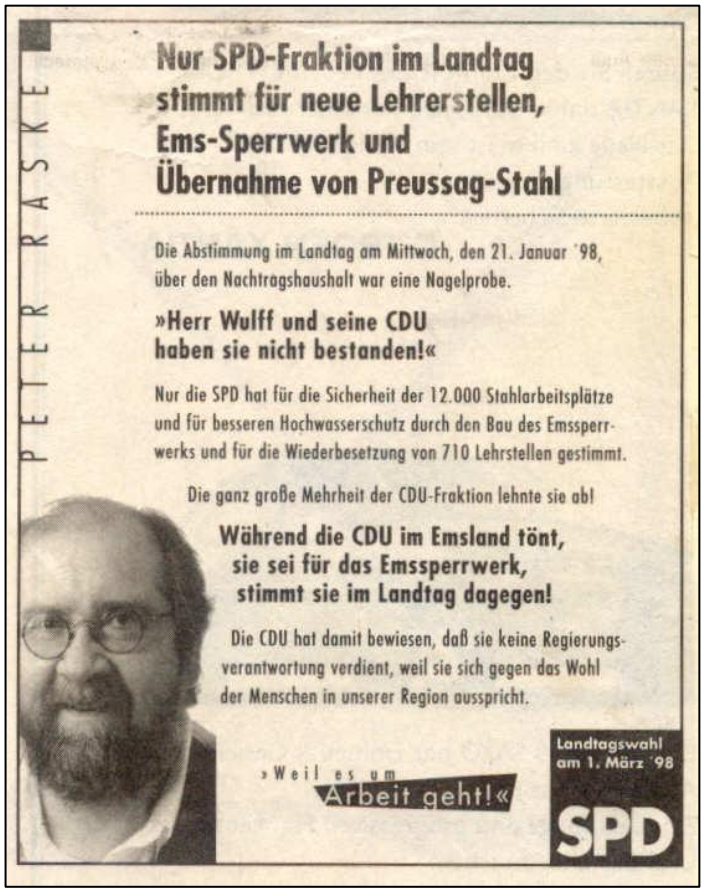
Die Bildungspolitik in Niedersachsen hat einen hohen Stellenwert. Diese Position vertrat Peter Raske. „Über 30 Prozent des Landeshaushaltes wird für die Erziehung und Ausbildung junger Menschen ausgegeben“, sagte der SPD-Politiker.

Ein Bündnis für Arbeit forderte Sandmann. Er sprach sich unter anderem für eine Veränderung der Besoldungs- und Versorgungsstruktur aus.

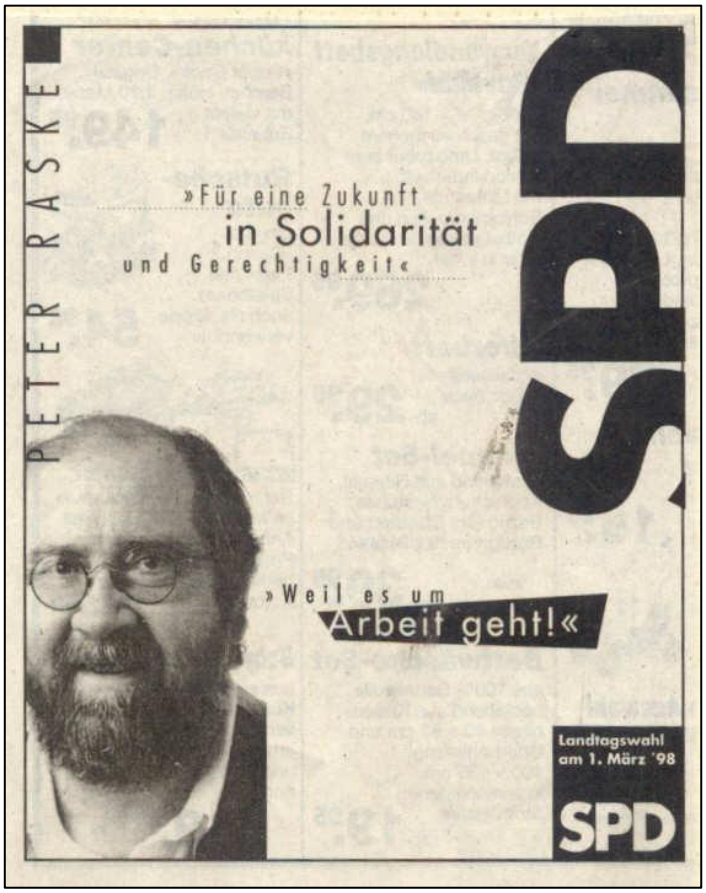
Michael Strohschein, Vorsitzender der GEW Weser-Ems, machte deutlich, daß allein im Landkreis Emsland 66 Vollzeitlehrkräfte fehlen. „Die Angst um die Zukunftschancen unserer Kinder geht um“, kritisierte Strohschein den Lehrermangel.

„Die Schule muß sich massiv ändern“, so der Vorsitzende weiter. Er wies auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag hin, den die Schule wahrnehmen müsse. Daß dies nicht passiere, zeige der Boom der Nachhilfestudios.

General Anzeiger 06.02.1998



Sonntags Report 01.02.1998



Der Wecker 04.02.1998

IN LOCKERER ATMOSPHÄRE fand gestern abend das Gespräch zwischen den beiden Vertretern des Heeder Jugendzentrums „Memory", Reiner Wegmann (von links) und Reinhard Wilkens, sowie Bürgermeister Heinrich Eden, der niedersächsischen Wissenschafts- und Kulturministerin Helga Schuchardt und dem SPD-Landtagskandidaten Peter Raske statt. Foto: Mammes

Ministerin: Landschaften sollen Gelder verteilen

Kritik an Bezirksregierung - Kulturgespräch in Heede

Heede (ma) Daß auch Minister noch Träume haben, offenbarte gestern abend die niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Helga Schuchardt, bei ihrer zweistündigen Visite in Heede: „Ich habe immer noch den Traum, daß nicht die Bezirksregierung die Kulturfördermittel verteilt, sondern die emsländische Landschaft."

Sie ergänzte: „Ich hoffe, daß dies auch noch gelingen wird." Die einzelnen Landschaften könnten wesentlich besser beurteilen, was in den jeweiligen Orten und Städten förderungswürdig sei als die Beamten der Bezirksregierung. Zudem ließen sich die Bezirksregierungen überhaupt nicht in die Karten gucken, wie sie im einzelnen die Gelder verteilen. „Dies wäre eine gute Verwaltungsrefom", fügte die Sozialdemokratin hinzu.

Bei einem Gespräch zum Thema „Förderung der Kulturarbeit im ländlichen Raum" wies Fred Meinel in seiner Funktion als Vorsitzender des Kulturfördervereins der Samtgemeinde auf die Brennpunkte hin: „Die finanzielle Förderung bereitet uns große Sorgen." Es sei bedauerlich, daß die Landesregierung die Regionalprogramme nicht weiter fördert. Dies wirke sich negativ auf die Motivation der ehrenamtlichen Mitglieder aus.

Als zweiter Vorsitzender hob Jürgen Saamer die Bedeutung des Fördervereins gerade auch für das schulische Leben hervor. So wurden Literaturlesungen am Schulzentrum durchgeführt. Im März wird ein „Koffertheater" aus Berlin an den Grundschulen gastieren. Saamer leitet auch das Schul-Orff-Orchester des Dörpener Schulzentrum. „Es ist toll, daß jeden Samstag 70 bis 80 Kinder freiwillig vier Stunden üben wollen." Es seien viele wirkliche Talente darunter. Saamer beklagte aber auch die mangelnde Unterstützung seitens der Schule. Auch Ministerin Schuchardt bezeichnete dies Verhalten als „enttäuschend". Leider hätten auch viele Sozialpolitiker noch nicht erkannt, daß Kinder und Jugendliche in Malschulen, Chören, Orchestern und Kapellen soziales Verhalten erlernen.

Bei der Besichtigung des Jugendzentrums „Memory" konnte sich die Ministerin zuvor von den vielen Aktivitäten in der 2250 Einwohner starken Gemeinde überzeugen. Die Jugendlichen verwalten den Jugendtreff seit Jahren in eigener Regie. „Harte Getränke werden hier aber nicht ausgeschenkt", so Vorstandssprecher Reinhard Wilkens.

Ems-Zeitung 06.02.1998

Landtagskandidaten diskutierten über Schulpolitik und Finanzmisere

Geldmangel zersetzt Bildung

Papenburg. Niedersachsen steht im Bereich der Schul- und Bildungspolitik mit dem Rücken an der Wand. Allein im Emsland fehlen 66 Vollzeitlehrerstellen, was teilweise schon zur Vier-Tage-Schulwoche in manchen Klassen führt. Die mangelnde Unterrichtsversorgung aufgrund nicht vorhandener oder falsch eingesetzter finanzieller Mittel ist die Ursache. Darüber waren sich die vier Landtagswahlkandidaten Bernd Busemann (CDU), Michael Goldmann (FDP), Peter Raske (SPD) und Gottfried Sandmann (Bündnis 90/Grüne) am Mittwoch abend auf einer Diskussionsveranstaltung in Papenburg einig.

So beherrschte die Frage, wie und woher das nötige Geld zur Schaffung neuer Lehrerstellen kommen soll die Debatte, zu der die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auch ihren Bezirksvorsitzenden Michael Strohschein in die Papenburger „Waldlust" eingeladen hatte.

Unter der Moderation des GEW-Kreisvorsitzenden Alois Bamming verwies MdL Bernd Busemann auf eine notwendige Spar- und Schlankheitskur für das Land. Die SPD habe außerhalb des Schulbetriebs Unsummen für Landesbedienstete ausgegeben. Unnötige Landesbehörden müßten deshalb abgeschafft werden. Aus diesen Einsparungen und Teilverkäufen von Landesbesitz würde die CDU notwendige Lehrerstellen schaffen.

In klaren Worten machte der FDP-Spitzenkandidat Michael Goldmann deutlich, daß die FDP im ersten Jahr 75 Millionen Mark für 1000 neue Lehrer bereitstellen wolle. Dieses Geld könne durch den Verkauf von Landesbesitz an der Nord LB, VW sowie Flughafen- und Messebeteiligungen im Wert von fünf Milliarden Mark erwirtschaftet werden. Voraussetzung: Das Geld muß angelegt werden, dann bringe es insgesamt einen Jahreszins von 250 Millionen Mark für einen Innovationsfonds. Ähnlich äußerte sich Gottfried Sandmann (Grüne), wobei er bei der Verwendung des Geldes jedoch andere Schwerpunkte setzten würde - zum Beispiel ist er für die Beibehaltung der Orientierungsstufe.

Peter Raske (SPD) betonte, daß die Bonner Politik Schuld an der Finanzmisere sei. Wie mehr Geld für Lehrer und Schüler aufgewendet werden könne, erläuterte Raske nicht. Privates Sponsoring von Schulen lehnte er als einziger Politiker ab. **Ulrich Felmberg**

Sonntags Report 08.02.1998

KOALITIONSANTRAG ZUM ARBEITSMARKT IST EINGESTÄNDNIS VON RAT- UND TATENLOSIGKEIT

Zu dem Antrag der Koalition "Arbeit für alle - Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung" erklärte der Sozialpolitische Sprecher der SPD im Kreis Emsland Peter Raske: „Der Titel des neuen Koalitionsantrages klingt bombastisch, sein Inhalt aber ist erbärmlich. Die "neuen" Initiativen sind tatsächlich ein alter Hut. Experten haben diese Vorschläge schon letztes Jahr auf einem Kongress der Regierungspartei fast ausschließlich verworfen. Die Koalition will vom Versagen der Bundesregierung in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ablenken. Sie sieht das Problem offensichtlich nicht in fehlenden Arbeitsplätzen sondern eher als von den Arbeitslosen selbst verschuldet an."Der Koalitionsantrag bestand vor allem aus Appellen und Schuldzuweisungen an Arbeitsämter, Kommunen und Tarifvertragsparteien.

Die Kommunen waren mit acht Milliarden Mark Kosten der Arbeitslosigkeit belastet. Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth (CDU), hatte die Pläne schon mehrmals zurückgewiesen. Ein Ablenkungsmanöver von der Ausbildungsplatzmisere war auch das Angebot an billigen Praktikantenplätzen. Zusätzliche Dienstleistungsarbeitsplätze waren wünschenswert, aber nicht in erster Linie eine Frage der Sozialhilferegelungen. Peter Raske fragte, wo zum Beispiel die Auseinandersetzung mit dem SPD-Antrag für Dienstleistungs-Agenturen und Dienstleistungsschecks bliebe? Dadurch würden Haushaltsdienstleistungen gefördert. Nach seiner Meinung gingen Prämien für Arbeitsvermittlungen ins Leere solange dauernd Arbeitsplätze abgebaut würden. In den letzten zwei Jahren war die Zahl der Arbeitsplätze um 864.000 zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen um 730.000 gestiegen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit betrugen 175 Milliarden Mark.

Arbeitsmarkt

Eingeständnis von Tatenlosigkeit

Raske (SPD): Initiativen sind „alter Hut"

EMSLAND. Zu dem Antrag der Koalition „Arbeit für alle - Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung" erklärt der Sozialpolitische Sprecher der SPD im Kreis Emsland, Peter Raske: Der Titel des neuen Koalitionsantrages klingt bombastisch, sein Inhalt aber ist erbärmlich.

Die „neuen" Initiativen sind tatsächlich ein alter Hut. Experten haben diese Vorschläge schon letztes Jahr auf einem Kongreß der Regierungspartei fast ausschließlich verworfen. Die Koalition will vom Versagen der Bundesregierung in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ablenken. Sie sieht das Problem offensichtlich nicht in fehlenden Arbeitsplätzen sondern eher als von den Arbeitslosen selbstverschuldet an.

Der Koalitionsantrag besteht vor allem aus Appellen und Schuldzuweisungen an Arbeitsämter, Kommunen und Tarifvertragsparteien. Schon jetzt sind die Kommunen systemwidrig mit acht Milliarden Mark Kosten der Arbeitslosigkeit belastet.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth (CDU), hat die Pläne übrigens schon mehrmals zurückgewiesen. Ein Ablenkungsmanöver von der Ausbildungsplatzmisere ist auch das Angebot an billigen Praktikantenplätzen. Zusätzliche Dienstleistungsarbeitsplätze sind wünschenswert, aber nicht in erster Linie eine Frage der Sozialhilferegelungen. Peter Raske fragt, wo zum Beispiel die Auseinandersetzung mit dem SPD-Antrag für Dienstleistungs-Agenturen und Dienstleistungsschecks bleibt? Dadurch würden Haushaltsdienstleistungen gefördert.

Nach Meinung von Peter Raske gehen Prämien für Arbeitsvermittlungen ins Leere, solange dauernd Arbeitsplätze abgebaut werden. In den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze um 864 000 zurückgegangen, die Zahl der Arbeitslosen um 730 000 gestiegen. Die Kosten der Arbeitslosigkeit betragen inzwischen 175 Milliarden Mark.

Der Wecker 08.02.1998